



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

E/IV/11

26. Januar 1949

Berlin als außenpolitisches Problem

Von Willy Brandt, Berlin

Moskau hat den Bericht der neutralen Währungsexperten als "Diskussionsgrundlage" akzeptiert. Die Londoner "Times" betont seit einigen Wochen, in Berlin müsse alles getan werden, um der Bevölkerung der Westsektoren beizustehen, aber nichts, was die Wiederaufnahme von Verhandlungen unmöglich machen könnte. General Clay hat zu erkennen gegeben, daß sich seine Regierung über das Verhältnis Berlins zur westdeutschen Neuordnung noch nicht schlüssig sei. Vor einigen Monaten war hiebei wie früher schärfer Stellung genommen worden.

Seitdem hat sich allerdings insofern eine Klärstellung ergeben, als die von den Sowjets erhoffte Unterstützung durch General Winter nicht ausgereicht hat. Der Anschluß an das Frühjahr ist gesichert, und es gibt keine Anzeichen dafür, daß die Luftbrücke nicht noch ~~gerade~~ ^{noch} ~~einige~~ ^{einige} Zeit aufrecht erhalten werden könnte. Andererseits bedarf es keiner großen Phantasie, um die Hartnäckigkeit der Sowjets in der Berliner Frage zu verstehen. Ohne diese Stadt ist eine wirkliche Konsolidierung der Ostzone im kommunistischen Sinne nicht zu erreichen. Auch auf die Länder des Ostblocks bleibt die Kombination von Luftbrücke und zivilem Widerstand nicht ohne Wirkung. Eben aus diesem Zusammenhang ergibt sich für die Berliner Demokraten ihre über die nackte Selbstbehauptung weit hinausreichende Aufgabe.

Der Berliner Konflikt ist kein isoliertes Problem. Die vorsichtigeren Reden von Cachen und Togliatti lassen sich nicht nur innenpolitisch erklären. In ihnen drückt sich die Tatsache aus, daß der bei Proklamierung des Kominform gehegte Wunsch, Europa relativ kurzfristig überrennen zu können, nicht in Erfüllung gegangen ist. Durch die Westunion und den Atlantikpakt kommt demhingegen eine deutliche Verschiebung der Kräfteverhältnisse zum Ausdruck. Falls - worauf viele Anzeichen deuten - Moskau nicht von sich aus auf eine rasche kriegerische Auseinandersetzung visiert, ergibt sich für die Kommunisten die Notwendigkeit einer langfristigeren, differenzierten Politik. Darauf könnte auch die Bereitschaft zur Wiederaufnahme der Verhandlungen über den

österreichischen Staatsvertrag schließen lassen. Ebenso wenig sollte übersehen werden, daß sich die Sowjetunion vor einem aktiven, formellen Engagement in China gehütet hat. Man möchte die Verhandlungstür nicht ins Schloß fallen lassen.

In Berlin hat es bis in die letzten Tage nicht an Provokationen gefehlt. Die russische Besatzungsmacht ist jedoch in steigendem Maße dazu übergegangen, die ausgesprochene Schmutzarbeit möglichst durch Auch-Deutsche verrichten zu lassen. Sie hat sich selbst vor einer irreparablen Verschärfung der Lage in acht genommen. Die Hoffnung darauf, daß man die Westmächte im Rahmen eines größeren Entspannungsprogramms zum Verlassen Berlins bewegen könnte, ist aber wohl immer noch nicht begraben worden. Als neue Möglichkeit könnte ein Kuhhandel erwogen werden, bei dem eine gegenseitige Anerkennung (zumindest de facto) einer westdeutschen Bundesrepublik und eines vorkommunistischen Oststaates erfolgen würde. Es wäre verwunderlich, wenn eine solche Möglichkeit nicht auch in einigen west-alliierten Kreisen geprüft würde. Schwankungen in der Berliner Politik hat es im vergangenen Jahr mehrfach gegeben. Im ganzen ist jedoch der Zwang der wesentlich durch den Berliner Widerstand und sein internationales Echo geschaffenen Verhältnisse stärker gewesen als die Bedenken einzelner Politiker. Neue Gespräche mögen sich anbahnen, aber eine Verständigung erscheint auf der Grundlage der russischen Maximalforderungen ebenso ausgeschlossen wie bei Zugrundelegung eines Plans der mehr oder weniger permanenten Teilung Deutschlands.

Dem darum würde es sich handeln, und nicht nur um das Schicksal der Berliner Bevölkerung. Weil das in zunehmendem Maße erkannt wurde, hat sich die anfänglich vielleicht vorhandene Neigung zu einem faulen Kompromiß nicht durchsetzen können. Vom deutschen Standpunkt aus kann nur noch einmal betont werden, wieviel von der Entscheidung über Berlin und von seiner Einbeziehung in die westdeutsche Neugestaltung abhängt. Nicht ohne Grund hat die Sozialdemokratie bereits vor über einem Jahr die Teilnahme Berlins am Wirtschaftsrat und sofort nach Bekanntgabe des Londoner Abkommens seine vollberechtigte Hinzuziehung zu den Bonner Arbeiten gefordert. Das geschah aus der Erkenntnis, daß das Berliner Problem eine gesamtdeutsche Angelegenheit ist. Es darf nicht nur gefühlswäßig, sondern im vollinhaltlichen Sinne der Politik zu einer Frage werden, über die jedenfalls nicht ohne die 50 Millionen Deutschen entschieden werden kann, die gegenwärtig ihren Willen frei kundtun können.

Dänische Sorgen

Von unserem skandinavischen K.V.-Korrespondenten

Dänemark hatte nach dem Kriege eine Reihe außenpolitischer Probleme, deren Lösung schwer und mühevoll war. Sie wurden energisch und zielbewußt angepackt und schließlich aus der Welt geschafft. In der Hauptsache waren es drei große Fragenkomplexe, die einer Lösung zugeführt werden mußten: Die deutsche Flüchtlingsfrage, die Schwierigkeiten in den Nebenländern der Krone und schließlich die Lösung des südschleswigschen Problems.

Die erste Frage ist nach fast vier Jahren durch die Rücksendung der letzten 2 500 deutschen Flüchtlingen in die französische Zone gelöst worden. Die zweite Frage hat ebenfalls ihre Ordnung gefunden. Nach dem Island während des Krieges seine eigenen Wege gegangen war, war die Selbständigkeitsbewegung auf der kleinen Inselwelt der Faröyer so stark geworden, daß man mit der gleichen Entwicklung wie auf Island rechnen mußte. Schließlich hatten sich die Verhältnisse auf Grönland durch die amerikanische Besetzung kompliziert. Heute sind die Probleme auf den Faröyern und Grönland im wesentlichen gelöst. Dänemark hat in diesen beiden Besetzungen seine Souveränität befestigen können, nicht durch regressive Maßnahmen, sondern durch weitgehendes Entgegenkommen gegenüber den Wünschen und Meinungen der dortigen Bevölkerung.

Der dritte große Fragenkomplex war das südschleswigsche Problem. Vor kurzem hat der frühere Regierungschef und Vorgänger von Hans Hedtoft, Knud Kristensen, sein Reichstagsmandat mit der Begründung niedergelegt, daß die Regierung Südschleswig ^{der} Gnade oder Ungnade der Kieler Regierung ausgeliefert habe. Solange der sehr konservativ gefärbte Knud Kristensen die Leitung der Staatsgeschäfte innehatte, sorgte er dafür, daß die Frage Südschleswigs nicht zur Ruhe kam. Nach dem großen Wahlsieg der dänischen Sozialdemokratie im Spätherbst 1947 und dem Rücktritt von Knud Kristensen war die Bahn frei geworden, jene politischen Kräfte zu eliminieren, die ihre Ansprüche auf Einverleibung Südschleswigs aufrecht erhalten wollten. Nunmehr hat Knud Kristensen selbst durch seinen Rücktritt aus dem Parlament und seine Erklärung ein unfreiwilliges Geständnis dafür abgelegt, daß auch er den Kampf für Südschleswigs Einverleibung als endgültig verloren betrachtet. Der am klarsten von der dänischen Sozialdemokratie vertretene Standpunkt, daß Dänemark kein Nationalitätenstaat werden solle, sondern ein Nationalstaat bleiben müsse und daß die Grenze, die selbst unter der deutschen Okkupation gehalten habe, auch in der Zukunft die Grenze Dänemarks bleiben müsse, hat sich endgültig durchgesetzt.

Während so einige Fragen der Nachkriegszeit abgeklungen sind, sind neue außenpolitische Probleme aufgetaucht. Dänemark muß sich darüber klar werden, welchen außenpolitischen Kurs es in der Zukunft einschlagen soll. Gerade in diesen Tagen scheint die endgültige Entscheidung bevorzustehen. Im Gegensatz zu den beiden anderen skandinavischen Ländern, hat die Regierung Dänemarks bisher versucht,

einen zwischen Norwegen und Schweden vermittelnden Standpunkt einzunehmen. Es besteht aber wenig Aussicht, daß eine solche Vermittlung auf die Dauer gelingt. Dänemark wird genötigt sein, die Wahl zu treffen, entweder als kleiner Partner unter den großen Demokraten des Westens, oder als Partner einer nur auf sich selbst gestellten skandinavischen Verteidigungsunion die Wirren der Zeit zu überstehen. Man geht kaum fehl, wenn man annimmt, daß Dänemark Norwegens Beispiel folgen wird. Vielleicht weniger energisch und bewußt und daher belastet mit stärkerer Skepsis als der nördliche Nachbar.

Gewerkschaften in Ost und West

sp. Mit verstärkten Anstrengungen versuchen die Kommunisten, das auf dem Wahlfeld überall verlorene Terrain auf anderen Gebieten wiederzugewinnen. Dabei geht es, weil es kommunistische Politik ist, nicht immer mit sauberen Mitteln zu. Eines dieser Gebiete ist das Gewerkschaftswesen. So hat die KP von Bremen bei der Annahme des Betriebsrätegesetzes durch die Bremer Bürgerschaft Flugblätter verteilen lassen, in denen die der SPD angehörenden Gewerkschaftsfunktionäre verleumdet werden. Der Ortsausschuß Bremen des Deutschen Gewerkschaftsbundes hat nun ebenfalls mit einem Flugblatt geantwortet. Die Feststellungen dieses Flugblattes gehen über den Bannkreis von Bremen hinaus. Es heißt darin u.a.:

"Wir als Gewerkschaften sind gewöhnt, mit allen politischen und unpolitischen Kollegen im Interesse der Arbeitnehmerschaft zusammenzuarbeiten. Wir wehren uns aber mit aller Schärfe gegen Verleumdungen und Verdrehungen, ganz gleich, von welcher Seite sie kommen. Im östlich besetzten Sektor Deutschlands sind die Betriebsräte rechtlos gemacht und dürfen noch nicht einmal um ihr Recht kämpfen. Im Westen Deutschlands haben die Betriebsräte Rechte und können um weitere Rechte kämpfen. Im Ostsektor sind die Gewerkschaften Befehlsempfänger einer politischen Partei, freie Meinung wird unterdrückt und verfolgt. Im Westen sind die Gewerkschaften frei, sie bestimmen selbst, welche Politik sie betreiben wollen. Die Gewerkschaften sind unabhängige Organisationen. Sie werden ihre Unabhängigkeit gegen jede politische Partei verteidigen".

Hennecke und die Falken von Friedrichshain

sp. Mit einer durchsichtigen Begründung hat die russische Kommandatur angeordnet, daß DIE FALKEN, sozialistische Jugendbewegung, in Berlin-Friedrichshain ihre Arbeit einzustellen haben. In einer Stellungnahme des Zentralsekretariats der FALKEN, Hannover, werden die russischen Gründe widerlegt. Es heißt darin u.a.: "Es hat sich kein Berliner Falke daran beteiligt, ein Spottgedicht auf Hennecke zu verfassen und zu publizieren. Es wurde auch in keiner Falkengruppe dieses Spottgedicht (angeblich nach der Melodie "Die Fahne hoch") gesungen. Die Besatzungsmacht hat in vielen Fällen die Arbeit der Falken in Ostsektor erschwert und Funktionäre der Falken verhaftet. Die Gründe dafür waren ebenso an den Haaren herbeigezogen, wie für das Verbot von Friedrichshain".

Die Gegenrevolte

sp. Die wachsenden Sorgen des durcheinander gerüttelten Zentrumsvorstandes wären kaum Anlaß, nochmals auf die geplante Fusion der Großfirma CDU mit dem etwas exklusiven Privatunternehmen Zentrum zurückzukommen, wenn es nicht, um des kleinen Zentrumsmannes willen notwendig wäre. Dieser beantwortet nun die "Revolte von oben" mit einer entrüsteten "Gegenrevolte von unten". Es zeugt nicht von einem innigeren Kontakt mit der Wählerschaft, wenn sich Dr. Spiecker solchen Illusionen hingeben konnte, denn die Diskrepanz zwischen oben und unten ist unbestreitbar. Aus diesem Faktum erklärt sich alles übrige. Landesverbände, Bezirks- und Ortsgruppen protestieren je nach Temperament mit Zurückhaltung, Skepsis und Entrüstung. Naturgemäß wechseln zustimmende Erklärungen mit ablehnenden in bunter Folge, aber auch Entschlüsse von geradezu delphischer Vieldeutigkeit fehlen nicht. Aus allen geht eins hervor: der Zentrumswähler fühlt sich peinlich überrascht. Am treffendsten formulierte das ein westfälischer Zentrums Politiker, der resigniert feststellte, die Zentrums Partei sei kurz hintereinander "von einem bestimmten kleinen Kreis" mit drei Überraschungen bedacht worden: mit der Union der Mitte, der Anschlußaufforderung der CDU und der Deutschen Union. Der Zentrumswähler fühle sich "fast" ungefragt vor vollendete Tatsachen gestellt.

In Stätten und Dörfern wird eine fieberhafte Tätigkeit innerhalb der Partei entfaltet, wobei man bewußt eine mögliche Urabstimmung propagiert. Besonders die Flüchtlinge, die in Nordrhein-Westfalen (hier gibt es immerhin eine halbe Million Zentrumswähler) ein erhebliches Kontingent der Stimmen stellten, fühlen sich hintergangen. Wegen der bäuerlichen Bindung der CDU erschien ihnen der CDU-Kurs vor allem in den dörflichen Kommunen den eigenen Interessen abträglich; nun sollen sie trotzdem in die Front der Bauern und einer ihnen nicht genehmen Wirtschaftsreaktion einschwenken. Die Delegiertentagung des 30. Januar wird keine glatte Angelegenheit werden. Natürlich liegt ein Kompromiß und ein Umschwenken gewisser jetzt opponierender Gruppen im Bereich des Möglichen. Typisch für die seltsame Mischung zwischen scharfer Ablehnung und verklausulierter Zustimmung ist die Entschliebung des Bezirkes Detmold, in der ein "Untergehen in der CDU" abgelehnt wird, gleichzeitig aber unter gewissen Voraussetzungen (Führung des Gedankengutes) der Weg eines Zusammenschlusses für gangbar erklärt wird. Gegenüber dieser - aus einer allgemeinen Unsicherheit resultierenden Doppelgleisigkeit bekannte sich der Zentrumsjournalist Berning, der frühere Chefredakteur des Blattes der Christlichen Gewerkschaften, des "Deutschen", und jetzige Chefredakteur des westfälischen Zentrumsblattes als eindeutiger Sprecher des überraschten Zentrumswählers: "Ihre große Entrüstung wird sich notfalls in einer Urabstimmung kundtun, die auch Ausgangspunkt einer neuen inneren und organisatorischen Ordnung werden wird". Das ist offene Palastrevolution!

Ein Norweger fährt durch das Sudetenland

Wer in der Tschechoslowakei reist, wird bald entdecken, daß auf den meisten Neubauten Frauen arbeiten. Sie mauern, betonieren und graben Baugrund aus. Spricht man mit ihnen, erzählen sie, daß sie Sudetendeutsche sind. In den Studentenheimen und in den Kasernen werden deutsche Frauen zum Reinemachen verwendet. Alle Sudetendeutschen müssen 50 Prozent ihres Lohnes an die tschechischen Gewerkschaften abführen. Außerdem verlangt der Staat Steuern und Abgaben von ihnen. Sie sind nicht versichert, sie sind Staatenlose und Sklavenarbeiter in einem Staat, wo die Arbeit "adelt".

Nach einer Reise durch das Sudetengebiet, während welcher der Zug viele Meilen durch öde Gemeinden fuhr, ließ mir das Propagandabüro durch einen ihrer volkdemokratischen Intellektuellen, Dr. Tvrdon, die Sache erklären. An einem bestimmten Abend sollten wir uns in einem Restaurant treffen, um das sudetendeutsche Problem klarzulegen.

Dr. Tvrdon geht direkt auf die Sache los:

- - "So, Sie sind der Herr, der solch unmittelbares Interesse an dem sudetendeutschen Problem hat? Es schmerzt mich, Ihnen diese Informationen deutsch geben zu müssen. Deutsch ist eine Sprache, die wir hassen, aber wir haben ja keine andere Möglichkeit, uns zu verständigen.

Das sudetendeutsche Problem... Wie Sie wissen, hat dieses deutsche Päck uns jahrhundertlang ausgesaugt und germanisiert. Aber jetzt ist Schluß damit. In unseren Tagen wird Geschichte gemacht, mein Herr! Die Rollen sind vertauscht. Fast drei Millionen von ihnen haben wir "heim ins Reich" geschickt; das war das, was sie wollten".

- Er lacht kalt - "Nur ein Teil der Facharbeiter und Antifaschisten hat hier bleiben dürfen".

"Dürfen diese ausreisen, wenn sie wollen?"

"Ja, das können sie. Wir sind ein demokratisches Volk!"

"Aber ich habe mit Sudetendeutschen gesprochen, die mehrere Male um die Ausreise-Erlaubnis aus der Tschechoslowakei angesucht hatten. Sie sind jedesmal abgewiesen worden".

"So, wer war das? (Pause) Nun, Sie wollen es nicht sagen? Mißtrauen also? Aber hier können Sie frei sprechen. Wir sind ein demokratisches Volk! Vielleicht ist es schwieriger geworden nach der Umwälzung. Übrigens spielt das keine Rolle. Hier haben sie Arbeit genug. Essen bekommen sie auch".

"Welches Interesse hat die Republik daran, Menschen zurückzuhalten, die nicht wünschen, hier zu bleiben?"

"Wünschten wir vielleicht, in Deutschland zu sein? Und warum ließen uns die Deutschen nicht verschwinden, als wir in das großdeutsche Reich einverleibt wurden? Es hat keinen Zweck, Blindküh miteinander zu spielen, mein Herr. Also: Wir machten schmerzliche Erfahrungen mit den Facharbeitern, die nach Deutschland gingen. Sie bauen heute dort Betriebe auf, die versuchen, uns auf dem Weltmarkt zu verdrängen".

"Sie müssen uns verstehen. Es scheint mir, als ob Sie dieses

Problem mit den humanistischen Augen des Westeuropäers betrachten. Aber das sudetendeutsche Problem können nur wir verstehen. Hitler gebraucht die Sudetendeutschen als Vorwand, um uns unserer Freiheit zu berauben. Um zu verhindern, dass sich etwas derartiges wiederholt, müssten wir sie fortjagen. Verstehen Sie?"

Er zündet sich eine Zigarette an und leert das Glas.

"Die Deutschen sind keine Menschen!"

"Das ist stark!"

"Nein, das ist nicht stark! Ich werde Ihnen etwas sagen, was Sie später einmal verstehen werden: Unsere Propaganda muss diesen Weg gehen. Wir müssen den Deutschenhass und die Angst vor Deutschland jedem unserer Bürger einprägen, denn Deutschland ist ein Übel, das sie alle aus eigener Erfahrung kennen. Wir müssen etwas haben, um das wir uns sammeln können. Das ist Realpolitik, mein Herr!"

Es entsteht eine Pause, während der Dr. Tyrden einige Gläser Wein leert. "Wir sind eine junge Nation", sagt er nachdenklich, "und der Nationalismus bindet uns zusammen. Aber Nationalismus ist Hass gegen den Nächsten und Eigerliebe, nicht wahr?"

Er starrt durch den Rauch auf die Bilder Beneschs und Gottwalds, während er spricht.

"Das Ziel ist, eine rassenreine Nation zu schaffen, Masaryk und Benesch machten den Fehler, an den Einzelmenschen zu glauben. Aber nur die homogene Masse macht Geschichte. Merken Sie sich das für den Fall, dass Sie das sudetendeutsche Problem einmal diskutieren wollen. Verlieren Sie sich nicht in humanistische Bagatellen, sondern sehen Sie die Sache als ein Ganzes! Verurteilen Sie nicht, sondern verstehen Sie!"

Jan Jölstäd in "Dagbladet"

Verlässige Antifaschisten

Nicht nur in der Sowjetunion wird Geschichte aus politischen Zweckgründen ungeschrieben. Die amerikanische Zeitschrift "Newsweek", frohlockend über den scheinbaren Erfolg ihres Feldzuges für die Rehabilitierung der japanischen Grossindustrie, bezeichnet die anfängliche und strengere Politik Amerikas als, wie sie es nennt, "Abwehr eines weltumfassenden Angriffs der extremen Linken auf die bestehende Wirtschaftsstruktur."

"In Deutschland und Japan" so führt die Zeitschrift weiter aus, "versuchten Linkspropagandisten die Wirtschaft und die oberen Klassen mit den Nazis und den deutschen Militaristen zu identifizieren. In Deutschland verbreiteten sie die Ansicht, dass die "Ruhrbarone" und die Aristokratie hauptsächlich für den Aufstieg Hitlers verantwortlich waren. In Wirklichkeit kam der wirksehmste Widerstand gegen den Führer (einschl. der Pläne zu seiner Ermordung) aus den Kreisen der Wirtschaft und der alten Aristokratie. Die Sozialisten fanden den Übergang zum Nationalsozialismus in den meisten Fällen leicht und der Nazismus fand seine entschlossensten Anhänger aus den Kreisen der Arbeiterklasse. In Japan wurde durch eine von den Offizieren der Kriegsprozesse geleitete Untersuchung die japanische Wirtschaft (insbesondere die japanische Grossindustrie - die sogenannte Zaibutsu) von dem Vorwurf, die Militaristen unterstützt zu haben, entlastet."

Dies dürfte eine beruhigende Nachricht für alle die sein, die sich über eine Wiederbelebung des Faschismus Sorge machen. Nach der "Newsweek" ist die amerikanische Grossindustrie bereit, mit Hilfe und Unterstützung der japanischen und deutschen Grossindustrie eine vom Faschismus der Sozialisten und der Arbeiterklasse bedrohte Welt zu retten.

Aus "Tribune"